

Stand: 06.06.2026 12:47:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12136

"Schutz vor Genitalverstümmelung sicherstellen, Hilfsangebote fördern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/12136 vom 28.06.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 29.06.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/13151 des GP vom 05.07.2016
4. Beschluss des Plenums 17/13627 vom 18.10.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 84 vom 18.10.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Schutz vor Genitalverstümmelung sicherstellen, Hilfsangebote fördern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Nach aktuellen Zahlen von Hilfsorganisationen wie „Terre des Femmes“ steigt derzeit in Deutschland die Dunkelziffer an Mädchen und jungen Frauen, die Opfer von Genitalverstümmelung wurden oder in Gefahr stehen, ihr zum Opfer zu fallen. Genitalverstümmelung ist in Deutschland strafbar und muss entsprechend geahndet werden.

Um zu verhindern, dass Frauen ihr Leben lang unter den Folgen dieser grausamen Praxis leiden müssen, ist es notwendig, entsprechende Hilfs- und Präventionsangebote zu fördern, für bereits Betroffene ausreichend Behandlungsmöglichkeiten sicherzustellen und Schutz vor Genitalverstümmelung für alle hier lebenden Mädchen und Frauen zu gewährleisten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu berichten:

- Welche Möglichkeiten in Bayern seit dem Landtagsbeschluss vom 13. Juli 2010 auf Drucksache 16/5607 zum Thema „Gesundheitspersonal für das Thema Genitalverstümmelung sensibilisieren“ ergriffen wurden, um Fachärztinnen und Fachärzten, Hebammen und Pflegekräfte für die Problematik der Genitalverstümmelung zu sensibilisieren und insbesondere für die Diagnose und Therapie der gesundheitlichen Folgen sowie für den Umgang mit den Betroffenen zu befähigen.
- Welche Erkenntnisse bestehen zur Entwicklung der Fallzahlen in Bayern und welche Interventionsmöglichkeiten wahrgenommen werden, wenn Genitalverstümmelungen drohen bzw. welche entsprechenden Strafverfahren in Bayern bereits durchgeführt wurden.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, ein Handlungskonzept zu entwickeln, das die Umsetzung folgender Punkte beinhaltet:

- In bestehenden Beratungseinrichtungen für Schwangere und Familien Aufklärung über medizinische, psychische und strafrechtliche Folgen von Genitalverstümmelung sicherzustellen.
- Prüfung, ob und wo zusätzliche gezielte Beratungs-, Hilfsangebote aufgebaut werden sollten, um Mädchen und junge Frauen zu schützen, die in Bayern von Genitalverstümmelung bedroht sind.
- Sicherstellung einer bedarfsgerechten psychosozialen und medizinischen Versorgung für alle bereits betroffenen Mädchen und Frauen in Bayern.
- Darauf hinzuwirken, dass die noch fehlenden Maßnahmen zur Qualifizierung von Fachärztinnen und Fachärzten, Hebammen und medizinischem Personal vorangebracht werden.
- Aufklärung über medizinische, psychische und strafrechtliche Folgen von Genitalverstümmelung in allen weiterführenden Schulen sicherzustellen.

Begründung:

Ärztinnen bzw. Ärzte werden derzeit zunehmend mit Anfragen von Eltern konfrontiert, die ihre Töchter „beschneiden“ lassen möchten. Darüber hinaus nimmt die Zahl der Mädchen und jungen Frauen in Deutschland zu, die von dieser Praxis bereits betroffen sind. Hintergrund ist die verstärkte Migration aus Ländern, in denen weibliche Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation / kurz „FGM“) zur Tradition gehört, wie z.B. Eritrea und Somalia. Bei den Eltern ist dazu meist keinerlei Unrechtsbewusstsein vorhanden, bei den betroffenen Frauen herrscht ebenfalls häufig kein Wissen darüber, welche Rechte ihnen zustehen und welche Möglichkeiten bestehen, medizinische Hilfe zu erlangen.

Die Verstümmelung der weiblichen Genitalien ist in Deutschland strafbar. Seit 2015 ist dieser Tatbestand auch strafbar, wenn er im Ausland vorgenommen wurde an einer Person, die ihren regelmäßigen Wohnsitz in Deutschland hat. Der Nachweis gestaltet sich jedoch schwierig, üblich sind deshalb unter anderem auch sogenannte „Ferienbeschneidungen“ geworden.

Die Hälfte der 28 afrikanischen Staaten, in denen Genitalverstümmelung verbreitet ist, hat diese Praxis bereits verboten. Die Gesetze zeigten nur in den Ländern entsprechende Wirkung, wenn sie von Aufklä-

rungskampagnen begleitet wurden. Auch in Deutschland wird immer deutlicher, dass man mit Strafverfolgung allein den Kampf gegen diese menschenverachtende Praxis nicht gewinnen kann.

In Deutschland gibt es verschiedene Orte bzw. Organisationen, die Informationen und Beratung zur weiblichen Genitalverstümmelung sowie Unterstützung und Begleitung von Betroffenen anbieten. Doch leider sind es nur sehr wenige Institutionen, insbesondere in Bayern. Diese bieten betroffenen und gefährdeten Frauen wichtige Hilfe und medizinische sowie psychosoziale Unterstützung. Ihre Arbeit wird bisher nur zeitlich begrenzt mit wenigen Projekten gefördert. Deshalb wäre wichtig, dass die Finanzierung dieser Maßnahmen von der Staatsregierung institutionalisiert wird.

Die mit Genitalverstümmelungen oder dem Wunsch nach einem entsprechenden Eingriff konfrontierten Ärztinnen bzw. Ärzte vor Ort wissen zwar um die Strafbarkeit entsprechender Eingriffe und lehnen solche selbstverständlich ab, sind aber häufig mangels entsprechender Information und Schulung damit alleingelassen, den betroffenen Frauen und Familien die nötige Beratung zukommen zu lassen und ggf. Interventionsmöglichkeiten wahrzunehmen. Dies ist jedoch speziell in Fällen drohender Genitalverstümme-

lung immens wichtig, um die Situation richtig einzuordnen und zu verhindern, dass die Mädchen vielleicht später doch noch illegal und unter schlechten medizinischen Bedingungen verstümmelt werden.

Dazu gehören auch flächendeckende Schulungsangebote von medizinischem und pflegerischem Personal, von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Jugendämtern, Kindergärten, Schulen und bei der Polizei, damit diese darin gestärkt werden, notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um die Frauen und Mädchen rechtzeitig vor Genitalverstümmelung zu schützen. Weiterhin ist es wichtig, den Umgang von Ärztinnen bzw. Ärzten, Hebammen, Pflegepersonal, Psychotherapeutinnen bzw. Psychotherapeuten, und Sozialarbeiterinnen bzw. Sozialarbeitern mit von FGM betroffenen Frauen sowie auch das Wissen der Ärztinnen bzw. Ärzte über die Behandlungsoptionen zu verbessern und bereits von Genitalverstümmelung betroffenen Frauen Behandlungsmöglichkeiten inklusive rekonstruktiver Operationen anbieten zu können, unabhängig von deren Aufenthaltsstatus.

Weltweit wird das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit an etwa 200 Millionen Frauen durch Genitalverstümmelung verletzt. Die Organisationen gehen von 48.000 verstümmelten Frauen und mehr als 9.300 gefährdeten Mädchen in Deutschland aus.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12144, das ist der Antrag der SPD, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/12132, das ist der Antrag der CSU-Fraktion. Für diesen Dringlichkeitsantrag wurde namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Dafür sind drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 17.46 bis 17.49 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saals ermittelt und zu gegebener Zeit bekannt gegeben. – Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

Die übrigen Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/12133 und 17/12136 bis einschließlich 17/12140 sowie 17/12145 bis einschließlich 17/12149 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Der Tagesordnungspunkt 9, Eingabe betreffend "Aufenthaltsgeld und Arbeitserlaubnis", wird im Einvernehmen der Fraktionen von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Bevor wir weitermachen, bitte ich Sie nochmals, Ihre Plätze einzunehmen. Wenn jetzt alle den Saal verlassen, die ihn verlassen wollen

(Erwin Huber (CSU): Dann ist keiner mehr da!)

– auch das ist zu respektieren –, dann kann ich in der Tagesordnung fortfahren.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Unterbringung von Flüchtlingen dezentral gestalten: Integration von Anfang an ermöglichen! (Drs. 17/11198)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Erste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm. Frau Kollegin Kamm, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir fordern in diesem Antrag, den Kabinettsbeschluss vom 26. April in Bezug auf die Abwicklung der derzeitigen dezentralen Unterbringung von Asylsuchenden aufzuheben, weil viele der dadurch stattfindenden Umsiedlungen der derzeit immer noch etwa 100.000 dezentral untergebrachten Asylsuchenden dazu führen, dass bereits begonnene Integrationsleistungen behindert, verhindert oder zumindestens unterbrochen werden und so bisher erbrachte Integrationsarbeit entwertet wird.

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir sind alle miteinander der Meinung, dass Integration wichtig ist, dass Integration viel Mühe macht –, Mühe sowohl den Asylsuchenden selber als auch den Ehrenamtlichen –, dass Integration bedeutet, sich in Sprache, Bildung und Arbeit zu integrieren, und dass man auf diese bereits begonnenen Bemühungen bei eventuellen Umsiedlungen der Asylsuchenden Rücksicht nehmen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider ist das, wie viele, viele Anrufe und Hinweise von Ehrenamtlichen in den letzten Wochen gezeigt haben, in der Praxis nicht der Fall. Wir haben beispielsweise gestern Abend gehört, mit wie viel Mühe sich Asylsuchende anstrengen, sich zu integrieren. Gestern Abend war ein syrischer Asylbewerber da, der sich selbst um einen Platz in einem Altersheim bemüht hat und dort quasi nebenzu auch Deutsch gelernt hat. Wir wissen auch um die vielen, vielen Helferkreise, die Kontakte zu Asylsuchenden haben und ihnen bei den ersten Schritten in diesem Land helfen. Wenn jetzt aber Asylsuchende durch diese Umsiedlungen manchmal 20 Kilometer weg, einige auch in andere Landkreise verlagert werden, werden alle diese Bemühungen unterbrochen.

Ziel der Aktion ist es zum einen, die Turnhallenunterbringung abzubauen. Da sind wir ganz dafür. Oft werden die Asylsuchenden aber aus dezentralen Unterkünften in relativ große und im Sommer besonders heiße Tragflughallen gebracht, zuweilen auch in Kasernengebäuden oder irgendwo am Waldrand ohne WLAN, ohne ÖPNV, ohne einheimische Bevölkerung in der Nähe. Wir sagen daher, dass das Versprechen, das bei der Behandlung dieses Antrags im Sozialausschuss gegeben worden ist, dass auf die begonnenen Integrationsleistungen Rücksicht genommen wird, so nicht überall in Bayern eingelöst wird. Dazu gibt es zu viele Hinweise von unterschiedlichen Ehrenamtskrei-



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/12136**

**Schutz vor Genitalverstümmelung sicherstellen, Hilfsangebote
fördern**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass der Satz nach dem 2. Spiegelstrich folgende Fassung erhält: „Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert zu prüfen, welche Maßnahmen geeignet sind, um den Schutz vor Genitalverstümmelungen sicherzustellen und Hilfsangebote zu fördern. Hierzu sollen die im Folgenden genannten Punkte geprüft werden:“

Berichterstatlerin: **Verena Osgyan**
Mitberichterstatlerin: **Dr. Ute Eiling-Hütig**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 47. Sitzung am 5. Juli 2016 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/12136, 17/13151

Schutz vor Genitalverstümmelung sicherstellen, Hilfsangebote fördern

Der Landtag stellt fest:

Nach aktuellen Zahlen von Hilfsorganisationen wie „Terre des Femmes“ steigt derzeit in Deutschland die Dunkelziffer an Mädchen und jungen Frauen, die Opfer von Genitalverstümmelung wurden oder in Gefahr stehen, ihr zum Opfer zu fallen. Genitalverstümmelung ist in Deutschland strafbar und muss entsprechend geahndet werden.

Um zu verhindern, dass Frauen ihr Leben lang unter den Folgen dieser grausamen Praxis leiden müssen, ist es notwendig, entsprechende Hilfs- und Präventionsangebote zu fördern, für bereits Betroffene ausreichend Behandlungsmöglichkeiten sicherzustellen und Schutz vor Genitalverstümmelung für alle hier lebenden Mädchen und Frauen zu gewährleisten.

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu berichten:

- welche Möglichkeiten in Bayern seit dem Landtagsbeschluss vom 23. November 2010 auf Drs. 16/6380 zum Thema „Gesundheitspersonal für das Thema Genitalverstümmelung sensibilisieren“ ergriffen wurden, um Fachärztinnen und Fachärzten, Hebammen und Pflegekräfte für die Problematik der Genitalverstümmelung zu sensibilisieren und insbesondere für die Diagnose und Therapie der gesundheitlichen Folgen sowie für den Umgang mit den Betroffenen zu befähigen.

- welche Erkenntnisse zur Entwicklung der Fallzahlen in Bayern bestehen und welche Interventionsmöglichkeiten wahrgenommen werden, wenn Genitalverstümmelungen drohen bzw. welche entsprechenden Strafverfahren in Bayern bereits durchgeführt wurden.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert zu prüfen, welche Maßnahmen geeignet sind, um den Schutz vor Genitalverstümmelungen sicherzustellen und Hilfsangebote zu fördern.

Hierzu sollen die im Folgenden genannten Punkte geprüft werden:

- in bestehenden Beratungseinrichtungen für Schwangere und Familien Aufklärung über medizinische, psychische und strafrechtliche Folgen von Genitalverstümmelung sicherstellen.
- Prüfung, ob und wo zusätzliche gezielte Beratungs-, Hilfsangebote aufgebaut werden sollten, um Mädchen und junge Frauen zu schützen, die in Bayern von Genitalverstümmelung bedroht sind.
- Sicherstellung einer bedarfsgerechten psychosozialen und medizinischen Versorgung für alle bereits betroffenen Mädchen und Frauen in Bayern.
- darauf hinwirken, dass die noch fehlenden Maßnahmen zur Qualifizierung von Fachärztinnen und Fachärzten, Hebammen und medizinischem Personal vorangebracht werden.
- Aufklärung über medizinische, psychische und strafrechtliche Folgen von Genitalverstümmelung in allen weiterführenden Schulen sicherstellen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Listenummer 36 der Anlage zur Tagesordnung. Das ist der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Sofortige Aussetzung der Absenkung des Rentenniveaus! Altersarmut endlich wirkungsvoll bekämpfen", Drucksache 17/12341. Dieser Antrag wird in einer der nächsten Sitzungen beraten.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Der Tagesordnungspunkt 4 "Schlussbericht des Untersuchungsausschusses ‚Labor‘ gemäß Drucksache 17/12960" wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Die Fraktionen sind übereingekommen, Tagesordnungspunkt 5 vorzuziehen. In der letzten Plenarsitzung konnte die Erste Lesung zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes und des Bayerischen Hochschulpersonalgesetzes nicht mehr beraten werden. –

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union:
 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
 Europa investiert wieder – Eine Bestandsaufnahme der Investitionsoffensive für Europa
 BR-Drs. 299/16
 Drs. 17/12328, 17/13334 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Mehr Inklusion in der frühkindlichen Bildung – Kindertagesstätten zu inklusiven Einrichtungen weiterentwickeln
 Drs. 17/6726, 17/13091 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Universitäten und Hochschulen bei der Integration von Flüchtlingen unterstützen!
Drs. 17/10154, 17/13115 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Informationstafeln an NS-Gebäuden
Drs. 17/10439, 17/12978 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Taşdelen u.a. SPD
Familien in Bayern bestmöglich unterstützen – Förderung von Familienstützpunkten verlängern!
Drs. 17/11083, 17/13095 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Transparenz bei TTIP
Drs. 17/11495, 17/13109 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vorsorgeprinzip durch TTIP nicht schwächen
Drs. 17/11496, 17/13107 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung über die Anforderungen an ein Bayerisches Integrationsgesetz
Drs. 17/11767, 17/13274 (A) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen,**

der den Antrag für erledigt erklärt hat.

9. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Doris Rauscher, Annette Karl u.a. SPD
Mietpreisbremse transparent gestalten
Drs. 17/11770, 17/13149 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Taşdelen u.a. SPD
Ergebnisse der Erhebung zu kommunalen Mehrkosten im Bereich Asyl ernst nehmen!
Drs. 17/11822, 17/13093 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD
Lärm- und Erschütterungsschutz bei Bahnstreckenmodernisierungen
Drs. 17/11826, 17/13162 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD
Integration durch Bildung – Klassen für Berufsschulpflichtige Asylbewerber und Flüchtlinge (BAF) optimal aufstellen
Drs. 17/11827, 17/13335 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Liefervereinbarungen Bayerische Staatsforsten mit Ilim Timber Bavaria GmbH ab 2017
Drs. 17/11833, 17/12759 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ausbildung für Referendare verbessern – Unterrichtsversorgung durch Planstellen sicherstellen
Drs. 17/11881, 17/13138 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klärung der Zuständigkeit für und Kostenübernahme von illegalen Tiertransporten
Drs. 17/12025, 17/12997 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zustand der Kiefernwälder
Drs. 17/12027, 17/13177 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Ludwig Hartmann, Margarete Bause, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sensible Gebirgsregionen schützen – langfristige Naturzerstörung verhindern
Drs. 17/12029, 17/13124 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Maisanbau: Landwirtschaft und Hochwasserschutz gehören zusammen
Drs. 17/12031, 17/13178 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
Bayerische Umsetzung des Maßnahmenplans nach § 58d Arzneimittelgesetz (AMG)
Drs. 17/12056, 17/13179 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Forschung im Bereich der nachhaltigen Grünlandwirtschaft intensivieren –
Teilnahme am Verbundvorhaben im Rahmen des Programms zur
Innovationsförderung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft
Drs. 17/12057, 17/13187 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zur Umsetzung des „Managementplan Luchse in Bayern“
Drs. 17/12058, 17/13125 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schutz vor Genitalverstümmelung sicherstellen, Hilfsangebote fördern
Drs. 17/12136, 17/13151 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Elementarversicherung als Tatbestand für eine gesetzliche
Versicherungspflicht prüfen
Drs. 17/12137, 17/13147 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
Schutz vor weiblicher Genitalverstümmelung
Drs. 17/12139, 17/13152 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zu Vor- und Nachteilen einer Pflichtversicherung gegen Elementarschäden
Drs. 17/12148, 17/13148 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum Bayerischen Staatsballett
Drs. 17/12164, 17/12979 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schwimmen in der Grundschule IGrundschülerinnen und Grundschüler zu „sicheren Schwimmern“ ausbilden
Drs. 17/12165, 17/13137 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schwimmen in der Grundschule IIÜbergänge verbessern – „Sichere Schwimmer“ beim Übertritt vermerken
Drs. 17/12166, 17/13186 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haftpflichtfonds für Hebammen – Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung durch Hebammen!
Drs. 17/12171, 17/13153 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Florian von Brunn, Horst Arnold u.a. SPD
Bericht zu möglichen Hepatitis E Übertragungen durch den Konsum von nicht erhitztem Schweinefleisch
Drs. 17/12173, 17/13126 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
NS-Raubkunst: Versäumnisse aufklären – Opfer unterstützen – Provenienzforschung stärken
Drs. 17/12176, 17/13117 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neuorganisation der Lebensmittelüberwachung in Bayern:
Landtagsbeschluss umsetzen, Anhörung abwarten
Drs. 17/12179, 17/13127 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
NS-Erinnerungsorte strukturell und finanziell stärken
Drs. 17/12181, 17/13118 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychosoziale Notfallversorgung in Bayern – Fit für die Zukunft?
Drs. 17/12182, 17/13159 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
Größtmögliche Transparenz in Bezug auf Herkunft von Kunstwerken schaffen
Drs. 17/12339, 17/13119 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sofortige Aussetzung der Absenkung des Rentenniveaus! Altersarmut endlich wirkungsvoll bekämpfen
Drs. 17/12341, 17/13094 (A)

Der Antrag wird gesondert beraten.

37. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Personal im Verbraucherschutz und in der Lebensmittelkontrolle stärken und nicht abbauen!
Drs. 17/12346, 17/13128 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen,
Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Berufsschulen stärken – Mehr staatliche Lehrkräfte für Sprachförderung
anstelle von Kooperationspartnern
Drs. 17/12347, 17/13136 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

39. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias,
Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)
Skandal um verkaufte NS-Raubkunst aufklären
Drs. 17/12355, 17/13120 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert,
Klaus Adelt u.a. SPD
Eigene Ausbildungswege für die Kriminalpolizei
Drs. 17/12420, 17/13160 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>